

# Wolfsmilch

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Ostpreußen-Schlesien je mm 0,12 Platz für die achtgepaltenen Zeilen, außerhalb 0,14 Zln. Anzeigen unter Text 0,50 Zln. von außerhalb 0,60 Zln. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierteljährig vom 1. bis 15. 10. ct. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königschüttel, Kronprinzstraße 6, sowie durch die Kolporteurs.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto: W. R. D., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

## Der Ruf nach Vergeltung

Man wird sich noch der freudigen Stimmung erinnern können, den die Regierungspreffe vor einigen Wochen anstimmte, als es zu einem unverbindlichen Besuch eines litauischen Professors nach Polen kam. Damals wußte man zu berichten, daß die inneren Verhältnisse in Litauen sich dermaßen verschärft haben, daß Litauen einen Ausgleich mit Polen suchen muß und daß der einzige Widerstand nur von Deutschland vorbereitet werde, daß zu einem litauisch-polnischen Ausgleich es nicht komme. Wir haben vor diesen Aussagen gewarnt und darauf hingewiesen, daß es für Litauen ohne Regelung der Wilnafrage mit Polen keine Verständigung gibt und daß der Professor Grabkiewicz auf eigene Kosten Phantasien über Litauen in Polen verbreite. Wie bald sich das Blättlein gewendet hat, kann man aus der heutigen Warschauer Morgenpreffe entnehmen, die nach Vergeltung schreit und am besten nach Kowno eine Kriegsnote entsenden möchte. Gewiß schreien auch die Regierungsblätter, aber etwas vorsichtiger, während die nationaldemokratische Presse sich gebärdet, als wenn wir mit Litauen schon im Kriegszustande stehen würden.

Wir haben schon bei anderer Gelegenheit darauf verwiesen, daß Litauen im Augenblick eine außerordentlich scharfe innerpolitische Krise durchlebt, die die Folge der Ausrufung der faschistischen Diktatur ist. Da sich die augenblicklichen Machthaber nicht anders zu helfen wissen, versuchen sie den Nationalismus auf die Höhe zu treiben, um das Volk von dem wirtschaftlichen Zusammenbruch abzuwenden und die Militaristen restlos auf ihrer Seite zu erhalten, da auch unter diesen gegen die Regierung der Unfähigkeit sich eine Gegenstimmung geltend macht. Der Tauröggener Putsch hat eine solche Entspannung und es folgte der Weiße Terror gegen alles, was nach Freiheit strebt. Im Memelland kann Woldemaras keine Früchte ernten, die Deutschen wehren sich und da er mit Rücksicht auf die polnische Spannung eine Rückendeckung braucht, ist Woldemaras zu großen Zugeständnissen an Deutschland bereit, hat auch während seines Berliner Aufenthaltes in den letzten Tagen solche an Stresemann gemacht. Aber schon heute muß gesagt werden, daß diese Versprechungen nur ein Mittel der Not sind, die nie gehalten werden, da der litauische Nationalismus auch gegen Deutschland, gerade wegen der Memelfrage, gerichtet ist.

Nun braucht Herr Woldemaras beziehungsweise seine Diktaturanhänger ein neues Ventil und dieses ist geschaffen durch forsches Vorgehen gegen die Minderheiten. Man muß darauf verweisen, daß die gegenwärtige Diktatur-Regierung, um dem Nationalismus weitere Konzessionen zu machen, eine Abänderung der Verfassung wünscht, in welcher man das Polen jetzt gehörige Wilna als Hauptstadt des litauischen Staates betrachtet. Mit diesem Köder will man die Litauer für die Verfassungsänderung gewinnen und hat zu diesem Zweck auch eine Auslandspropaganda entfaltet, die indessen sehr schlug und Woldemaras versuchte in Berlin sein demokratisches Herz auszuwickeln und versprach eine Demokratie nach amerikanischem Muster, meinte aber, da er auch Freund Mussolinis ist, das faschistische Italien. Aber die Schwierigkeiten werden von Tag zu Tag größer und da kommt es dem Diktator gar nicht darauf an, wo er eine Entladung findet. So wurden in der letzten Woche eine Anzahl polnischer Schulen geschlossen und eine Anzahl polnischer Lehrer aus dem Dienst entlassen. Daß es sich hier um eine offene Kampfanlage handelt, ist nicht zu bezweifeln und ein Kleinwenig Klamauf im Auslande um Litauen erscheint den Diktatoren in Kowno notwendig, denn nur so können sie ihre Ansprüche unter Berufung aufs Volk auf Wilna wiederholen. Das ist letzten Endes der Zweck der neuen Kampagne gegen Polen.

Nun hat die polnische Regierung bisher kaltes Blut bewahrt und es wäre nur zu wünschen, wenn sie es auch in Zukunft tut, dann wird Litauen seine Niederlage um so schwerer zu ertragen haben und zu Verhandlungen bereit sein, was ja auch der Druck seitens Frankreich und England auf Litauen zu Zugeständnissen gegenüber Polen befolgt. Aber es scheint, daß auch die polnische Regierung vom Nationalismus getrieben werden soll. Die Wilnaer Behörden haben gegen die litauischen Provokationen zu Gegenmaßnahmen gegriffen, 45 litauische Minderheitsschulen geschlossen und eine Reihe von Verhaftungen solcher Personen vorgenommen, die angeblich im litauischen Spionagedienst stehen oder Verbindungen zu Kowno unterhalten. Wir wollen nicht untersuchen, ob die Anschuldigungen zutreffen. Jedenfalls steht fest, daß man in Litauen seit Wochen mit polnischen Spionageaffären arbeitet und da erweisen die polnischen Behörden dem litauischen Chauvinisten einen großen Dienst. Denn Polens Gegenmaßnahmen gegen Litauen werden in einem Zug alle litauischen innerpolitischen Gegensätze überbrücken, denn der offene Kriegszustand würde den Litauern ein willkommenes Geschenk. Darum erscheint es uns dringend notwendig, darauf hinzuweisen, daß man in Warschau kaltes Blut behält und sich nicht von den chauvinistischen Forderungen nach Vergeltung treiben läßt. Denn hinter Litauen steht nur Rußland und man weiß nicht, wohin der Kurs geht.

## Polnische Abwehr gegen Litauen

### Schließung litauischer Schulen im Wilnagebiet — Eine Spionagezentrale ausgehoben

Warschau. Die heutige Morgenpreffe fordert energisch von der Regierung, daß sie zu Gegenmaßnahmen gegen Litauen schreite. Bisherige Woche wurden im Kownoer Gebiet eine Reihe polnischer Lehrer aus dem Dienst entlassen und eine Anzahl polnischer Minderheitsschulen geschlossen. Die Gründe sind seitens Litauens nicht angegeben worden, Polen konnte keine Vorstellungen in Kowno erheben, da es dort keine diplomatische Vertretung hat. Diese Maßnahmen Litauens haben besonders im Wilnaland eine große Erregung hervorgerufen. Angeblich wären die dortigen Behörden schon seit Wochen einer litauischen Spionageagentur auf der Spur, die sich vorwiegend unter litauischen Geistlichen und Lehrern verbreite. Diese Spionagezentrale wurde nun ausgehoben und eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen, gleichzeitig schloß man im Wilnagebiet 45 litauische Minderheitsschulen. Nun hat auch Kowno mit Verhaftungen angeblich polnischer Spione geantwortet. Aus diesem Grunde fanden gestern in Wilna Protestversammlungen statt, die von der Regierung energische Maßnahmen gegen Litauen fordern. Es habe sich ein sogenanntes Abwehrkomitee in Wilna, in welchem alle polnischen Parteien von der P. P. S. bis zur Nationaldemokratie vereinigt sind. Dieses Komitee stellt sich an die Spitze der Ver-

teidigung Wilnas gegen litauische Forderungen und Provokationen. Die Stimmung im Wilnalande ist sehr erregt, die heutige Morgenpreffe Warschaws unterstützt die Forderungen nach Repressalien gegen Litauen.

Warschau. Die polnische Regierung hat Mittwoch die Maßnahmen gegen die polnischen Lehrer in Litauen mit aufsehenerregenden Gegenmaßnahmen beantwortet. Laut behördlicher Verfügung sind im Wilnagebiet Mittwoch 45 litauische Schulen geschlossen worden. Im Laufe der Nacht wurden ferner bei einer Reihe von Persönlichkeiten, die litauischer Sympathien und antipolnischer Tätigkeit beschuldigt werden, Hausdurchsuchungen vorgenommen. Den letzten Berichten zufolge sind 20 Personen verhaftet worden, darunter 10 Geistliche. In Wilna herrscht außerordentlich erregte Stimmung. Die Presse verlangt nachdrücklich eine Intervention der polnischen Regierung.

Die gesamte Warschauer Presse bringt die Berichte über die Vorgänge im Wilnagebiet in großer Aufmerksamkeit. Der erneuten polnisch-litauischen Spannung mißt man in politischen Kreisen Warschaws große Bedeutung bei.

## Chamberlains Pariser Besuch

### Eine Unterredung mit Briand wegen Tanger — Die Katowsti-Affäre verschärft sich

London. Sir Austen Chamberlain, der bereits am Sonnabend in Paris eintrifft, wird erst am Montag Briand aufsuchen, um, wie man erwartet, mit ihm die Tangerfrage zu behandeln. Der gestrige Besuch des britischen Botschafters im französischen Auswärtigen Amt galt der Vorbereitung der Aussprache zwischen den beiden Außenministern. Ob Chamberlain über ein besonderes Mandat von Primo de Rivera verfügt, das ausichtsreiche Verhandlungen über die Tangerfrage ermöglicht, ist in London nicht bekannt, doch nimmt man an, daß die persönliche Fühlungnahme des britischen Außenministers mit dem spanischen Diktator in jedem Fall die Besprechungen über Tanger erleichtern wird.

### Russisches Dementi in der Katowstiaffäre

Paris. Die französische Presse bringt in großer Aufmerksamkeit eine Meldung der Telegraphenagentur der Sowjetunion, wonach im Gegensatz zu den französischen Meldungen weder Tschitscherin noch irgend eine andere amtliche russische Persönlichkeit in den letzten Tagen ein Interview erteilt und sich insbesondere über die Affäre Katowsti geäußert habe. Tschitscherin widersetzte sich nach wie vor der Abberufung Katowstis, weil er sie als unbegründet

erachte und von ihr die schlimmsten Rückwirkungen auf die französisch-russischen Verhandlungen befürchte. Tschitscherin habe dem französischen Botschafter in Moskau, Herbette, diesen Standpunkt wiederholt entwickelt. Eine neuerliche Demarche Herbettes in dieser Frage habe nicht stattgefunden. Im Gegensatz zu den französischen Meldungen habe Tschitscherin in Herbette seit dem 21. September nicht mehr gesehen und keine neuen Verhandlungen mit ihm gepflogen.

### Paris zu dem russischen Dementi

Paris. An amtlicher französischer Stelle wird darauf hingewiesen, daß die Mitteilung der russischen Telegraphen-Agentur, wonach Tschitscherin Herbette seit dem 21. September gesehen hätte, irreführend sei. Tschitscherin sei die ganze Zeit über krank gewesen. Die Besprechung über Katowsti habe deshalb nicht mit ihm, sondern mit Litwinow stattgefunden. Da Tschitscherin wieder hergestellt sei, würde Herbette nun mit Tschitscherin persönlich verhandeln. Es sei daher undiskutabel, daß die russische Regierung über den französischen Wunsch nach Abberufung Katowstis nicht offiziell unterrichtet worden sei.

### Die blutigen Kämpfe in Mexiko

New York. Nach den hier über die Unruhen in Mexiko vorliegenden Meldungen sollen nach an verschiedenen Orten Kämpfe zwischen den Rebellen und den Regierungstruppen stattfinden. Das Hauptzentrum der Aufständischen befindet sich im Staate Veracruz, der nach unbestätigten Meldungen in der Gewalt von General Gomez sein soll. Dieser sei nach der standrechtlichen Erschießung des Generals Serrano und 14 seiner Anhänger Hauptführer der Revolutionäre. Trotz strenger Zensur seitens der mexikanischen Regierung verlautet, daß die Niederwerfung der Rebellen im Bezirke Tampico den Regierungstruppen nur nach heftigen Kämpfen gelungen sei. Schwere Kämpfe sollen auch bei Tehuaco und im südlichen Teil des Staates Sinaloa stattgefunden haben. Die Regierung sei entschlossen, ohne Gnade vorzugehen. Präsident Calles leite, von militärischen Beratern umgeben, die Operation gegen die Rebellen persönlich.

In Mexiko-City sollen 23 Angehörige der ersten Gesellschaft festgenommen worden sein.

### Rücktritt

### des memelländischen Direktoriums

Memel. Nach der heute morgen erfolgten Rückkehr des Gouverneurs des Memellandes von Kowno nach Memel hat Landespräsident Schwelms noch im Laufe des Vormittags dem Gouverneur das Rücktrittsgesuch des gesamten Direktoriums unterbreitet, das auch angenommen wurde.

### Hallerheße gegen Deutschland

Thorn. Die diesjährige Tagung des Verbandes des polnischen Faschistengenerals Haller hat ihre Beratungen beendet. Es wurde eine Reihe von Resolutionen gefaßt, deren erste in sehr herausforderndem Tone gehalten, an die Adresse Deutschlands und des Reichspräsidenten von Hindenburg gerichtet ist und folgendermaßen lautet:

„Der Fehler des nicht zu Ende geführten Sieges der Verbündeten über Deutschland beginnt sich in tragischer Weise zu rächen. Auf den Feldern von Tannenberg hat die Hydra der deutschen Raubgier und des deutschen Bludurstes ihr Haupt erhoben und durch den Mund des geistigen Führers des heutigen Deutschlands, Hindenburg, die Welt mit neuer Brandstiftung bedroht. Blut vergießen wollen wir nicht, aber als Provokation werden wir mit einem 2. Tannenberg antworten, denn 30 Millionen polnische Herzen schlagen in einem Rhythmus: „Wir lassen nicht von der Erde, die uns geboren!“

Eine andere Entschliebung beschäftigt sich mit dem geheimnisvollen Verschwinden des Generals Jagorski. Der Hallerverband fordert von den Behörden, das an Jagorski begangene Verbrechen aufzuklären. Ferner spricht der Verband sein Bedauern aus, daß einer der staatlichen Würdenträger Polens (gemeint ist Pilsudski), die Würde der Nation verletzt habe, indem er die polnische Nation als „Nation von Idioten“ bezeichnet habe.

### Ein General von Komitatschis ermordet

Belgrad. In Stip an in Mazedonien ist der serbische General Kovacic von bulgarischen Komitatschis auf der Straße durch drei Revolvergeschüsse ermordet worden. Die Täter sind entkommen.



## Neue Kämpfe in Rußland

Die Kämpfe innerhalb des russischen Bolschewismus sind in den letzten Tagen überaus verschärft worden. Zunächst bot die „Pravda“ am 29. September einen Beschluß der Moskauer Kontrollkommission der russischen bolschewistischen Partei gemeldet, durch den vierzehn Parteimitglieder, die der Beschluß als „Trozkisten“ bezeichnet, deshalb aus der Partei ausgeschlossen werden, weil sie „gemeinsam mit Bourgeois-Intellektuellen eine geheime, gegen die Partei gerichtete Organisation, die auch ihre eigene illegale Druckerei besitzt, begründet und für die Zerstörung der Einheit der kommunistischen Partei der Sowjetunion gearbeitet haben“. Die „Pravda“ beschuldigte an demselben Tage die Anhänger Trozky's, daß sie darauf ausgehen, eine „neumenschenwürdige Partei, zu begründen. Indem sie innerhalb der bolschewistischen Partei eine besondere Fraktion zu organisieren versuchen, die sich den Entscheidungen der Partei nicht unterwirft, suchen sie in Wirklichkeit eine besondere Partei zu organisieren, damit das Monopol der bolschewistischen Partei innerhalb der Sowjetunion zu untergraben, und gefährdeten dadurch die Diktatur. Wurde das zunächst noch nicht gegen Trozky selbst gesagt, sondern nur gegen seine Anhänger, so ging die herrschende Gruppe drei Tage später schon weiter. Die „Pravda“ veröffentlichte am 1. Oktober eine Rundgebung des Präsidiums und der Kontrollkommission der kommunistischen Internationale, in der mitgeteilt wurde, daß Trozky aus der Exekutive der kommunistischen Internationale ausgeschlossen wurde, weil er Lügen über sie verbreite, mit ihren Feinden in Deutschland und in Frankreich (Nikolai Tschich-Maslow und Souvarin) zusammenwirke, sich gegen ihre Autorität offen auflehne und das Versprechen, sich jedes fraktionellen Kampfes zu enthalten, nicht erfülle. Diese ganze Offensive gegen Trozky und seine Anhänger ist um so auffälliger, als die Stalin-Bucharin-Gruppe erst vor wenigen Wochen — im August — vor dem Kampfe mit der Opposition, der damals schon unüberwindlich erschienen war, ausgewichen ist.

Die Verschärfung der Gegensätze geht auf die schwere psychische Erschütterung zurück, in die die Sowjetunion vorübergehend durch den Bruch mit England gestürzt ist. Als England die Beziehungen zur Sowjetunion abbrach, hegte man in der Sowjetunion zunächst übertriebene Befürchtungen; viele glaubten, daß dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen bald die Kriegserklärung folgen werde. Rußland erlebte damals einige Wochen der Kriegspanik. Die Bauern begannen Salz zusammenzukaufen. In den Städten wurden Lebensmittel gekamfieri. Der Kurs des Dollars stieg weit über die Parität. Die Kriegspanik ermutigte die weiße monarchistische Reaktion zu einigen terroristischen Attentaten. Aber auch die bürgerliche Intelligenz, besonders an den Universitäten, wagte es plötzlich, ihre oppositionelle Stimmung zu demonstrieren, und in der Ukraine und in Georgien zeigten sich bedenkliche Anzeichen des Erstarkens der nationalistischen Opposition. Die Sowjetunion antwortete auf alle diese bedrohlichen Anzeichen des Terrors. In dieser Atmosphäre der Unruhe entfaltete auch die Opposition eine verstärkte Tätigkeit. Trozky sprach offen davon, daß im Falle eines Krieges die Herrschaft der Stalin-Bucharin-Gruppe die größte Gefahr für die Revolution wäre. Im Kriegsfall müsse die revolutionärste Gruppe, deren Energie allein das Land zum Siege führen könne, die schwächliche herrschende Gruppe stürzen, so wie in der Kriegszeit Clemenceau seine allzu schwächlichen allzu weichen Vorgänger, die den Sieg nicht zu organisieren vermochten, gestürzt hat. Dieser „Clemenceauiismus“ rief die größte Beunruhigung und Erbitterung der herrschenden Gruppe hervor. Im Juli und August sprach die „Pravda“ gegen Trozky eine Sprache, als wäre man erschlossen, ihn und seine Gefolgschaft, wenn nicht schon aus der Partei, so doch mindestens aus dem weiteren Zentralkomitee der Partei auszuschließen und ihnen damit jede Möglichkeit legalen politischen Wirkens zu nehmen. Als aber das weitere Zentralkomitee im August zusammentrat, wich die herrschende Gruppe davon zurück, sie verzichtete darauf, Trozky zu mahnen, sie verlangte von ihm diesmal nicht einmal eine demütigende Abbitte, sie begnügte sich mit einer sehr zweideutigen, nichtsagenden, zu nichts verpflichtenden Erklärung der Opposition — ein Vorgehen, das zeigte, daß sich Trozky und seine Anhänger so stark gezeigt hatten, daß die herrschende Gruppe vor dem Kampfe mit ihnen zurückwich. Jetzt aber, wenige Wochen, nachdem sie dem Kampfe ausgewichen ist, muß sie ihn doch aufnehmen — ein unverkennbares Zeichen, daß die Organisation der Opposition so stark, so lähn, so gefährlich

geworden ist, daß die herrschende Gruppe wider ihren Wunsch und Willen den Kampf aufnehmen gezwungen ist.

Es ist der Gegensatz zweier Generationen, der die russische bolschewistische Partei zu spalten droht. Die Opposition — das sind alte Revolutionäre, die alten Beschwörer und Kämpfer, die sich in die Notwendigkeiten der nächstern, langsamen Aufbaubarbeit, der unermüdlichen täglichen Kompromisse der Idee mit der unerbittlichen Wirklichkeit nicht zu finden vermögen. Die Herrschenden — das sind die Männer dieser Kompromisse, die Männer der Aufbaubarbeit. Der Gegensatz zeigt sich am deutlichsten in der Stellung zur Bauernschaft. Die Opposition predigt den Kampf gegen den Aukast, den Großbauern; die Regierung kann die Wiederherstellung der großbäuerlichen Wirtschaft nicht stören, weil ja nur sie Lebensmittelüberschüsse für die Städte abgeben kann. Die Opposition fordert: Kredite nur den Klein- und Mittelbauern, nicht dem Dorfbourgeois; aber die Führer der staatlichen Kreditorganisation geben lieber dem zahlungsunfähigen Großbauern Kredit als dem armen Habewichts, bei dem das Geld gefährdet wäre. Die Opposition beschuldigt die Regierung, daß sie immer mehr zu einer Regierung der Kulaken, der Dorfbourgeoisie, werde; die Regierung beschuldigt die Opposition, daß sie das Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft und damit die Existenz der Diktatur gefährde. Könnten beide den Kampf der Entscheidung der breiten Volksmassen unterwerfen, so würden diese unzweifelhaft für die wirtschaftliche Realpolitik der Regierung gegen die revolutionären Utopien der Opposition entscheiden. Da sich aber der Kampf unter den Bedingungen der Diktatur vollzieht, so ist die Sympathie sehr breiter Volksschichten, die nichts weniger als seine utopistische Wirtschaftspolitik wünschen, trotzdem bei Trozky, nur weil er unter der Regierung gegenüber das Recht auf Opposition, das Recht auf das freie Wort, vertritt. So verzerrt die Diktatur den Kampf; gerade weil Trozky der Sieger des Oktober, der Mann von Brest-Litowsk, der Organisator der siegreichen Kämpfe der Roten Armee, seine Anhänger nur in Geheimorganisationen vereinigen und seine Ansichten nur in Flugblättern, die in Geheimdruckereien hergestellt werden, verbreiten kann, gerade deshalb wird sein Kampf gegen die Regierung von den Sympathien der Kleinbürgerlichen und intellektuellen Gesellschaftsklassen getragen, obwohl ihre Interessen und Wünsche den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Zielen, für die er kämpft, schmerzhaft entgegengesetzt sind. Trozky vertritt im Grunde nicht mehr als die Utopie der Rückkehr zu der vergangenen, überwindenen enthusiastischen Phase der Revolution; aber weil er gegen den Absolutismus der herrschenden Gruppe kämpft, erscheint er vielen als der Wegbereiter einer kommenden, demokratischeren, des diktatorischen Monopols der herrschenden Gruppe überwindenden Phase. Die ganze Tragik der Diktatur drückt sich darin aus, daß beide Gruppen einander jetzt Menschewismus vorwerfen: Trozky beschuldigt die Regierung, daß sie sich wirtschaftspolitisch, vom echten revolutionären Bolschewismus abweichend, zum Menschewismus entwidle; Stalin und Bucharin beschuldigen die Opposition, daß sie, indem sie eine Partei innerhalb der Partei organisiert und für sie das Recht auf freie Meinungsäußerung fordert, die Diktatur untergrabe, sich also politisch der Demokratie, dem Menschewismus nähere. Jede der beiden Richtungen innerhalb des Bolschewismus vertritt gegen die andere die Abkehr vom ursprünglichen Bolschewismus: die eine die Entwicklung zur wirtschaftlichen Realpolitik, die andere die Entwicklung zur demokratischen Freiheit des Meinungskampfes.

## Die China-Kämpfe

Kalgan doch von den Schanstruppen besetzt.

London. Die hier vorliegenden Berichte über die gegenwärtige Lage in China stimmen darin überein, daß die Sidruppen in sehr beträchtlicher Stärke vorrücken und beträchtliche Erfolge zu verzeichnen hatten. Kalgan ist inzwischen in die Hände der Truppen des Generals Yen gefallen, der noch etwa 130 Meilen von Peking entfernt sei. Ein Teil der geschlagenen Armee Tschangsolins sei in Auflösung begriffen und flüchte regellos auf Peking zurück. Die Alliierten Tschangsolins, nämlich von Peking, hätten Auftrag erhalten, das von ihnen besetzte Territorium auf jeden Fall zu halten. Jedoch, man glaube in Peking, daß eine ernste Niederlage Tschangsolins die Haltung seiner Alliierten sehr zu seinem Nachteil beeinflussen würde. Die Möglichkeit einer Zurückweichung Tschangsolins nach Wuhan und einer Einnahme Pekings durch General Fong werde, obwohl durch die gegenwärtigen

igen Kämpfe noch keineswegs bedingt, bereits in Erwägung gezogen. Der Eisenbahnverkehr von Peking in nördlicher und westlicher Richtung sei eingestellt worden. Ein Erfolg des Generals Yen werde davon abhängen, ob es gelingt, die Hauptkräfte General Fongs festzuhalten und eine gemeinsame Operation zwischen Fong und Yen zu verhindern.

## Zwei deutsche Ratgeber für Perrien

Berlin. Wie die „D.Z.“ aus Tschernan meldet, hat das perriische Parlament die Regierung ermächtigt, einen Wirtschaftsjachverständigen und einen Generalinspektor für die Finanzen aus Deutschland, sowie einen Generalassistenten und einen Hauptbuchhalter aus der Schweiz anzustellen. Die vier Posten sind mit einem Gesamtgehalt von 240 000 Mark jährlich ausgestattet. Daneben werden Haus und Möbel frei zur Verfügung gestellt. Mit der Anstellung ist keine Pensionsberechtigung verbunden. Vier Sachverständige unterstützen den perriischen Gerichtsbarkeit und der Kontrolle des Finanzministers. Ihre Aufgabe wird sein, die perriische Finanzlage zu studieren, einen Bericht darüber auszuarbeiten, neue Einnahmequellen zu zeigen und das Finanzwesen zu reorganisieren.

Weber die mit der Sowjetunion abgeschlossenen Verträge erklärte der Ministerpräsident im Parlament, der Sicherheitspakt lege fest, daß keine Partei sich einem Boykott gegen die andere anschließen. Der Handelsvertrag setze die Quote der perriischen Ausfuhr nach Sowjetrußland mit 50 Millionen Rubel, die der sowjetrußischen Ausfuhr nach Perrien mit 90 Prozent der perriischen Ausfuhr nach Sowjetrußland fest. Die südwestlichen Fischereien würden einer gemischten perriisch-sowjetrußischen Gesellschaft unter einem perriischen Vorsitzenden unterstellt. Der Hafen von Pöskö (Anfeli) werde der Kontrolle der perriischen Regierung unterstehen. Der Zollvertrag setze gegenseitige Meißbegünstigung vor.

## Ein Franzose über die Deutschen in Rußland

Paris. Das „Journal“ hat seinen Mitarbeiter Georg Lonn nach Rußland geschickt, um sich über die Verhältnisse in der Sowjetrepublik zu informieren. London glaubt in Moskau und in Leningrad bemerkt zu haben, daß die Deutschen bestrebt sind, in Rußland Einfluß und Vorteile zu gewinnen. In Leningrad gäbe es noch mehr Deutsche als in Moskau und die meisten seien bereits solide installiert. Die französische Schule sei geschlossen, während zwei deutsche Schulen bereits wieder arbeiten und eine dritte demnächst eröffnet werde. Ein Diplomat, kein Franzose, aber ein Freund Frankreichs, habe auf die Frage, was die Deutschen in Rußland vorhaben, geantwortet: „Vorläufig beobachten sie; sie prüfen die Möglichkeiten und warten die Zeit ab, in der sie sich betätigen können. Leningrad ist der große russische Hafen für den Verkehr mit Westeuropa und kann ein Ersatz für Danzig werden. Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brodowski-Kanawo, ein sehr energischer und geschickter Mann, studiert auch die Verhältnisse, und er beobachtet methodisch und gründlich. Ihm stehen fünfzig Mitarbeiter zur Verfügung, die alle gut Bescheid wissen.“ Der Mitarbeiter des „Journal“ gibt zu, daß die Deutschen korrekt und vorsichtig arbeiten. Von Franzosen hat London in Leningrad zwei bekannte Gelehrte, die Professoren Patouillet und Martell, und ein paar arme alte Frauen gefunden, die vor langer Zeit als Enzieherinnen nach Rußland gekommen sind und jetzt nicht mehr nach Frankreich zurückkehren können, weil sie niemanden haben, der sich in der Heimat um sie kümmern würde.

## Tumult im Danziger Volkstag

Berlin. Wie die Morgenblätter aus Danzig melden, kam es bei der Mittwoch-Sitzung des Danziger Volkstages zu schweren Tumulten. Als der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Bumbke einen sozialistischen Antrag zurückwies, wurde er von einem kommunistischen Abgeordneten tätlich angegriffen. Der Kommunist stieß den Abgeordneten Bumbke vor die Brust, so daß dieser von der Rednertribüne taumelte. Abgeordnete der deutschnationalen Fraktion kamen Dr. Bumbke zu Hilfe und es hatte den Anschein, als ob es zwischen Kommunisten und Deutschnationalen zu Tötlichkeiten kommen würde. Doch konnte das Schlimmste verhütet werden.

## Die Bande des Schreckens

The Terrible People  
von Edgar Wallace

65)

„Ich denke an Mr. Joshua Montfords Tod.“ Der Polizeibeamte sprach ruhig und schaute Cravel scharf in die Augen. „Er ist der Berühmte-Polizei eben so wie Scotland Yard immer rätselhaft gewesen, und ich wollte hören, ob Sie nicht etwas darüber aussagen könnten.“

„Bin ich verhaftet?“ sagte Cravel schnell.

Der Inspektor schüttelte den Kopf.

„Nein, Sie sind nicht in Haft. Sie werden nicht einmal inhaftiert. Ich frage Sie nur ganz freundschaftlich.“

Mit der Zeit hatte Cravel seine Fassung wiedergewonnen.

„Man hat mich schon vorher befragt, und ich habe alle Erklärungen gegeben, soweit ich die Umstände kannte,“ erwiderte er kurz.

Der Inspektor zögerte.

„Ich nehme nur an, daß ein Mann, der dabei beteiligt war — ich meine selbstverständlich, soweit er die Tat nicht selbst begangen hat, Mr. Cravel —, so wäre es vielleicht ganz gut für ihn, Kronzeuge — das heißt Zeuge für die Staatsanwaltschaft zu werden. Ein Mann, der das täte, könnte sich die schlimmste Strafe ersparen.“

Cravel lachte. Wirklich, manchmal war die Polizei doch mehr als kindisch!

„Ich nehme an, daß Sie bei klarem Bewußtsein einen achtbaren Grundbesitzer in Besitz eines grausamen und schlimmen Mordes für schuldig halten?“ fragte er bedächtig. „Darüber besteht doch kein Zweifel?“

„Durchaus keiner,“ versetzte der andere.

Der Inspektor schien nicht zu wissen, wie er fortzufahren sollte, und als er weiter fragte, geschah es nur, um nichtsagende Fragen zu stellen, wie zum Beispiel, wieviel Gäste während des Jahres beherbergt würden, und anderes mehr. Hinter dieser Befragung mußte doch etwas stecken, aber Cravel konnte sich nicht denken, was. Während einer Viertelstunde wurde er mit dummen Fragen belästigt, die keine Beziehungen zu der Sache, die ihn am

meisten beschäftigte, haben konnte, und erst zum Schluß nahm das Verhör eine kritische Wendung.

„Ich habe gehört, daß Inspektor Long und Kriminalwachtmeister Rouch heute früh ins Hotel kamen. Was ist mit ihnen geschehen?“

„Sie sind wieder fort,“ antwortete Cravel kühl. „Mr. Long ist kein besonderer Freund von mir und verdächtigt mich allerhand Betrügereien, zu denen ich mich nie herablassen würde. Angeblich ist die Sekretärin von Mr. Revelstoke, die eine gute Bekannte von mir ist, in der letzten Nacht aus einer Privatstube verschwunden, und da er wußte,“ er hustete leicht, „daß ich mich für die junge Dame interessiere, kam er heute morgen um fünf Uhr hierher und blieb ungefähr eine Viertelstunde da. Ich habe ihn seitdem nicht mehr gesehen“, fügte er wahrheitsgemäß hinzu.

„Er ist wohl weggefahren?“

„Er hatte seinen Wagen, also ist er nicht zu Fuß gegangen,“ entgegnete der andere fastlosch.

Es klopfte an die Tür, der Inspektor öffnete sie und sprach im Flüsterton mit seinem Untergebenen.

„Alles richtig, Mr. Cravel, das ist alles, was ich wissen wollte,“ sagte er. „Ich gehe jetzt.“

Sie kehrten in die Halle zurück, und zu Cravels äußerster Befriedigung fuhr der Polizeiwagen mit seinen drei phlegmatischen Zwölfen davon.

Nun hatte er Zeit, ruhig zu überlegen. Erst war der Wetter Long und nun das Mädchen wie durch einen Zauber verschwunden. Er selbst befand sich in großer Gefahr. Er war auf dem Standpunkt angelangt, wo „Sauda qui perit!“ der beste Wahlspruch ist.

In dem kleinen Schreibtisch aus Mahagoni in seinem Wohnzimmer befand sich im untersten mit Stahl ausgelegten Kasten eine Rasselte. Er nahm sie heraus und öffnete. Sie war bis an den Rand mit amerikanischen Banknoten angefüllt, und diese legte er auf den Tisch. Seiner gewöhnlichen Rasselte entnahm er eine Handvoll englischer Banknoten. Alsdann ging er in das Zimmer, wo er das Mädchen verlassen hatte, und zog so rasch wie möglich einen Straßenzug an. Sein schneller Wagen stand in der Garage, und seine Klänge waren gemacht. Jede Wache hatte er sich die Dampfperle geholt, die von Genua nach Neuyork abfuhr, und sein amerikanischer Paß war vollständig in Ordnung.

Clay Sheltons Nebenbeschäftigung bestand darin, Pässe zu fälschen, und kein Mitglied der Bande war ohne die nötigen Dokumente, um sich in Sicherheit zu bringen, wenn Gefahr drohte, und das war jetzt der Fall.

Da hörte er hastige Schritte auf dem Gange und lief schnell ins Wohnzimmer, um das Geld in die Tasche zu stecken. Als sich die Tür öffnete und Alice Cravel eintrat, zeigte nichts mehr, daß er eine eilige Abreise beabsichtigte.

„Die Polizei war hier.“

„Ich bin ihnen auf der Landstraße begegnet,“ sagte sie. „Sie haben mich angehalten und mir eine Unmenge alberne Fragen gestellt. Sie sprachen keinen Ton über Long und das Mädchen. Wo sind sie?“

Er zuckte die Achseln.

„Der Himmel mag's wissen!“ bemerkte er.

Sie blickte ihn erstaunt an.

„Sind sie nicht hier?“

„Soviel ich weiß, sind sie nicht hier.“

„Wo sind die anderen? Haben sie das Mädchen mitgenommen?“ fragte sie.

Er lächelte.

„Da mußt du sie fragen,“ entgegnete er, und ihre Augen waren voller Argwohn.

Dann schien sie langsam zu begreifen.

„Sie haben sie mitgenommen. Vor ungefähr zehn Minuten sah ich den Krankenwagen auf der Landstraße nach Sunningdale,“ berichtete sie. „Ich hätte ihn angehalten, aber ich war nicht ganz sicher.“

Jetzt erstaunte er.

„Der Krankenwagen? Nach welcher Richtung fuhr er?“

„Nach London.“

Er fuhr mit den Händen durch sein Haar, Angst schaute ihm aus den Augen. Alles schien sich seinem Einflusse zu entziehen.

„Soviel ich weiß, befand sie sich nicht im Krankenwagen, es sei denn, daß sie, während die Polizei hier war, zurückkam und sie heimlich davongetragen haben. An diese Möglichkeit habe ich gedacht.“

Mit wenigen Worten erklärte er ihr, was vorgefallen war.

„Und der Wetter Long?“

Er lächelte.

(Fortsetzung folgt.)



# Polnisch-Schlesien

## Die Lohnverhandlungen für die Metallhütten abgeschlossen

Im gestrigen Artikel des „Volkswille“ über die Lohnverhandlungen hat sich ein Fehler eingeschlichen, indem es hieß: „Man einigte sich usw.“ Es sollte heißen, die Arbeitnehmer einigten sich.

In der Verhandlung am 5. Oktober wurde über die Vorschläge der Arbeitnehmer weiter beraten. Die Arbeitgeberseite hielt nach wie vor an ihren Beschlüssen vom Tag zuvor fest. Die Arbeitnehmerseite wies jedoch nach, daß nach ihren Vorschlägen geregelte Lohnverhältnisse in den Metallhütten eintreten würden.

Nach längerer Verhandlungstätigkeit zogen sich die Arbeitgeber zurück und legten der Arbeitnehmerseite später folgenden Vorschlag vor: Die Metallhüttenarbeiter erhalten nicht 60 Groschen, sondern 70 Groschen pro Kopf und Schicht im Durchschnitt, die Affordarbeiter 45 Groschen pro Schicht. Die Gewerkschaften mit den Betriebsräten nahmen nach reichlicher Prüfung diesen Vorschlag dahingehend an, daß die 45 Groschen je Schicht für die Affordarbeiter wie man im Afford Beschäftigten in den Lohn eingerechnet werden, und die Zuschlagsstafelle in Fortfall kommt, ferner die Verhandlung über das Gebinde noch in nächster Woche zur Verhandlung gelangt.

Das Abkommen hat nachfolgenden Wortlaut:

Zwischen dem Arbeitgeberverband der oberschlesischen Bergwerks- und Hüttenindustrie und der Arbeitsgemeinschaft der Metallarbeiterverbände wird folgendes Lohnabkommen mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 abgeschlossen:

Die Arbeiter in den Metallhütten erhalten folgende Durchschnittszulagen pro Schicht:

1. Alle Metallhüttenarbeiter der Klasse 1 bis 11, die Afford arbeiten, eine Durchschnittszulage von 0,70 Floty pro Schicht.
2. Alle übrigen Affordarbeiter eine Durchschnittszulage von 45 Groschen pro Schicht.

Die passive Resistenz auf den Zinkhütten wird sofort aufgehoben.

Obiges Abkommen ist mit 14tägiger Frist kündbar, erstmalig zum 31. Dezember 1927. Die Verteilung erfolgt im Jahresaushub.

Katowice, den 5. Oktober 1927.

Die Verhandlungen waren erschwert, weil die Arbeiterschaft in den Metallhütten in der verflochtenen Zeit sich wenig um ihre Löhne gekümmert hatte. Der Erfolg im Vergleich zu den Forderungen ist mit Rücksicht auf den schwach organisierten Proletariat nicht von der Hand zu weisen. Die kommenden Verhandlungen aber werden immer davon abhängen, ob die Arbeiter sich zur Organisation bekennen. Selbst die Betriebsräte werden aus ihrer Erfahrung dies der Belegschaft sagen müssen.

Wollte man die oben beschlossene Lohnregelung vor den Schlichtungsausschuss bringen, so würde die Regelung nicht besser ausfallen sein, wohl aber hätten die Arbeiter ein bis zwei Monate warten müssen. Von dieser Tatsache wird wohl jeder überzeugt sein.

## Fusion zwischen den Autobus-Gesellschaften?

Die wie Pilze aus dem Boden schießenden Autobusgesellschaften machen gute Geschäfte und bedeuten daher für die Oberschlesische Kleinbahngesellschaft, die glaubte, nur allein das Verkehrsprivileg für Oberschlesien zu haben, eine nicht zu unterschätzende Konkurrenz; denn wenn auch die bisher in den Verkehr gebrachten Autobusse nicht gerade als sehr komfortabel anzupreisen sind, so werden sie vom Publikum in einem immer sich steigenden Ausmaße benutzt. Deshalb vor allem, weil man durch sie der endlosen Bummellei auf der Straßenbahn entzogen wird. Hatte man anfänglich in der Direktion der Kleinbahngesellschaft der Entwicklung der Autobusgesellschaften wenig Interesse entgegengebracht, so änderte sich dies in den nächsten Tagen. Hatte man anfänglich in der Direktion der Kleinbahngesellschaft der Entwicklung der Autobusgesellschaften wenig Interesse entgegengebracht, so änderte sich dies in den nächsten Tagen. Hatte man anfänglich in der Direktion der Kleinbahngesellschaft der Entwicklung der Autobusgesellschaften wenig Interesse entgegengebracht, so änderte sich dies in den nächsten Tagen.

Wollte man die oben beschlossene Lohnregelung vor den Schlichtungsausschuss bringen, so würde die Regelung nicht besser ausfallen sein, wohl aber hätten die Arbeiter ein bis zwei Monate warten müssen. Von dieser Tatsache wird wohl jeder überzeugt sein.

## Beseitigung des Schmalz- und Speckmangels?

Das Wojewodschaftsamt teilt mit, daß sich der Handelsminister mit einer liberalen Erteilung der Einfuhrgenehmigung...

# Um den Schlesiischen Sejm herum

Was dem Schlesiischen Sejm bevorsteht, vermag kein Mensch zu sagen, nicht ausgenommen die Sanacja moralna. Seine Beseitigung würde manchen Kreisen bei uns sehr erwünscht erscheinen, doch sprechen dagegen außenpolitische Rücksichten. Der Sanacja moralna erscheint es politisch klüger, die Rechte des Schlesiischen Sejms gründlich zu beschränken, daß er unschädlich wird. Diese Absicht ist nicht mehr neu. Sie wurde z. Bt. der Regierung Nowaks erwogen und lebte im vorigen Jahre in dem Antrag der Ch. D. von neuem auf. Der Antrag der Ch. D., der sich in einer Sejmkommission befindet, bewegt sich in zwei Richtungen: er beschränkt die Rechte des Sejms bis auf die Budgetbewilligung und schränkt die Rechte der Abgeordneten dementsprechend ein, und zweitens will man eine neue Wahlordnung auf Grund welcher der Sejm gewählt werden soll, schaffen. Der Antrag der Ch. D. ist reaktionär und volksfeindlich. Die Lücken des organischen Statutes für unsere Wojewodschaft bestehen aber darin, daß bei jeder Gelegenheit Kompetenzkonflikte mit Warschau heraufbeschworen werden. Daher müssen die Rechte und Pflichten des Schlesiischen Sejms genau umschrieben werden. Davon sprechen alle schlesischen Politiker, was es aber nicht hindert, daß es jedem vor dieser Reformarbeit bangt. Seitdem der Antrag der Ch. D. eingebracht wurde, haben bei uns die politischen Verhältnisse eine wesentliche Veränderung erfahren. Wir gehen kaum fehl, wenn wir sagen, daß die Ch. D. am liebsten ihr Kind selbst verleugnen möchte. Alle übrigen politischen Parteien erwärmen sich sicherlich für diese Mißgeburt nicht.

Gelegentlich der ersten Sejmtagung wird die Frage der Abänderung des organischen Statuts für die schlesische Wojewodschaft in allen politischen Kreisen eifrig besprochen. Mit dieser Abänderung befaßt sich auch die hiesige Presse, in erster Reihe die „Polonia“ und die „Polska Zachodnia“. Beide Blätter betonen die Notwendigkeit der Abänderung, sagen aber nicht klar, was sie wollen, sondern sprechen durch die Blume. Aus den Artikeln der „Polonia“ ist herauszulesen, daß die Ch. D. heute von den Rechten des Sejms nichts preisgeben möchte. Das geht klar aus dem Artikel des Abgeordneten Janicki hervor, der die Abänderung nur in der Richtung wünscht, daß die Einnahmen des Staates von jenen der Wojewodschaft genau abgegrenzt werden. Dafür ist die Ch. D. für eine Wahlreform für den Schlesiischen Sejm zu haben. Sie möchte gerne das Wahlrecht

unseren jungen Bürgern nehmen, ähnlich wie sie das bei dem Wahlrecht für die schlesischen Kommunen getan hat.

Grundverschieden sind die Wünsche der Sanacja moralna. Sie wünscht eine radikale Beschränkung der Rechte des Schlesiischen Sejms, dafür ist sie aber für eine Wahlreform nicht zu haben. Das geht ziemlich klar aus dem Leitartikel „Auf dem Scheidewege des Schlesiischen Sejms“ in der Nr. 228 der „Polska Zachodnia“ hervor. In bezug auf die Beschränkung der Rechte des Schlesiischen Sejms sagt die „Polska Zachodnia“, daß der Wojewode Dr. Graczyński bereits dem Sejm den Vorschlag unterbreitet hat, eine gemischte Kommission zu bestimmen, die sich damit befassen sollte. Dieser Vorschlag ist aber in einem Durcheinander gar nicht zur Geltung gekommen. Hinsichtlich der Wahlreform sagt das Blatt, daß eine solche Reform gar keine Aussicht habe, von den politischen Sejmflüßeln beschlossen zu werden und läßt durchblicken, daß, falls die Ch. D. versuchen sollte, mit den Deutschen diesbezüglich einen Kompromiß einzugehen, eine sofortige Schließung des Sejms zu erwarten ist. Die Sanacja moralna stützt ihre politische Macht in Ost-Oberschlesien mit Ausnahme der radikalen galizischen Intelligenz auf die Arbeiterschaft. Sie hat daher gar kein Interesse an der Beschränkung des Wahlrechtes der Arbeitermassen.

Das eine ist bereits heute sicher, daß das Leben des heutigen Sejms nicht von langer Dauer sein dürfte. Die Sanacja moralna hat mit Ausnahme des Abgeordneten Schuszki niemanden im Sejm, auf den sie sich so richtig verlassen könnte. Es fehlt allerdings nicht an Sejmflüßeln, die sie unterstützen, aber damit kann sie sich nicht zufrieden geben. Sie will eigene Vertretung im Sejm haben. Möge die künftige Wahl ausfallen wie sie wolle, das eine steht sicher, daß sie der Sanacja moralna einige Mandate bringen wird und darum dreht sich schließlich die Sache. Heute geht ihr Wunsch dahin, im Sinne des Ch. D.-Antrages die Rechte des Schlesiischen Sejms bis auf die Budgetbewilligung einzuschränken, was mit Stimmen der politischen Sejmflüßeln zu erreichen wäre. Für eine Wahlreform im Sinne des Ch. D.-Antrages ist die Sanacja moralna nicht zu haben und dürfte außer der Ch. D. überhaupt kein Sejmklub dafür zu haben sein. Das sind die Wünsche der Sanacja moralna, die sie durchführen will. Die nächste Zukunft wird zeigen, ob ihr das gelingt.

# Interessantes über die polnische Eisenbahn

Wir haben keine Ursache auf unsere Bahn in Polen stolz zu sein. Hier in Polnisch-Oberschlesien, Posen und Pommerellen da geht es noch halbwegs, dafür sind aber die Zustände auf den Bahnen in dem ehemaligen Kongreßpolen direkt himmelstreichend. Das wird jeder befähigte der beispielsweise einen Ausflug nach Dniew oder sonstwo gemacht hat. Die Ueberfüllung in den Zügen ist dort direkt lebensgefährlich. Die Passagiere steigen aus den Zügen halb ohnmächtig heraus. In den Sommermonaten waten nicht selten 6-8 Passagiere in den Aborten zusammengepackt. Die Bahnerwaltung läßt keine Rücksicht, und schiebt keine Sonderzüge ein, und daher die unbeschreibliche Ueberfüllung die dort jeden Tag beobachtet werden kann. Polen besitzt ein Bahnnetz von 4,34 Kilometer Länge auf 100 Quadratkilometer, während auf Belgien 16,5, Deutschland 11,7, England 10,6, Dänemark 11,4 Tschechien 9,69, Frankreich 7,89, Holland 10,59 Kilometer Bahnlänge auf 100 Quadratkilometer entfallen. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß in den polnischen Westprovinzen, die früher zu Deutschland gehört haben, also Schlesien und Posen die Bahnlänge reichlich 12 Kilometer auf 100 Quadratkilometer Bahnlänge beträgt. Auf 1 Million Einwohner beträgt die Bahnlänge in Polen 569, in der Tschechei 956, in Estland 1016, in Ungarn 1024, in Norwegen 1294, in Finnland 1314, in Dänemark 1480, in Lettland 1547 Kilometer. Polen steht hier in Europa auf der 17. Stelle, hierfür nimmt es aber die 8. Stelle, wenn es sich um den Personenverkehr und die 10. Stelle wenn es sich um den Güterverkehr handelt. Der Verkehr auf den Bahnlängen ist also in Polen durchschnittlich stärker als in den anderen Staaten auf eine 100 Quadrat Fläche entfallen in Polen in den ehemaligen preussischen Gebieten 12,3 in Galizien 5,3 und in Kongreßpolen 2,7 Kilometer Bahnlänge. Das ehemalige Kongreßpolen hat neben Rußland die kürzeste Wohnstrecke in ganz

Europa. Diese miserablen Bahnverhältnisse in dem ehemaligen Kongreßpolen erschweren fürchterlich den Absatz der polnischen Industrie, die in den westlichen Gebieten gelegen ist. Die Lage der schlesischen Schwerindustrie ist also schwierig, weil sie sehr weit von den Wasserstraßen entfernt liegt und im Inneren des Landes die Eisenbahn gar nicht ausgebaut ist.

Mit dem Bahnmateriale verhält sich die Sache in Polen auch nicht besser. Im Jahre 1926 besaß Polen 5123 Lokomotiven, 11781 Personenwagen und 130932 Güterwagen. Davon waren in Betrieb 2797 Lokomotiven, 9325 Personenwagen und 86075 Güterwagen, also auf 147836 Einheiten die die polnische Staatsbahn besitzt, waren nur 98196 Einheiten in Betrieb, d. h. 22 Prozent Lokomotiven, 16,6 Prozent Personenwagen und 10,4 Prozent Güterwagen.

In einem Staate wo geordnete Bahnverhältnisse eingeführt wurden, wäre ein derartiger Zustand einfach unmöglich. Auf 1 Kilometer Bahnlinie entfallen in Polen 0,30 Lokomotiven (im Betrieb 0,17), 3,30 Personenwagen (im Betrieb 0,55), 7,77 Güterwagen (im Betrieb 5,11). In Belgien sind es 0,98 Lokomotiven und 28,21 Bahnwagen auf 1 Kilometer, in Deutschland 0,55 Lokomotiven und 14,32 Bahnwagen auf 1 Kilometer. Der Unterschied ist hier direkt augenfällig. Wir besitzen wenig Bahnmateriale und der größte Teil davon ist für die Kap.

Die polnische Bahn nimmt also gar keine imponierende Stelle in Europa ein. In Zentraleuropa steht sie auf der letzten Stelle und kann sich nur noch mit den russischen Verhältnissen messen. Darunter leidet bei uns das ganze wirtschaftliche Leben vor allem in den westlichen Gebieten wie in Polnisch-Oberschlesien. Die schlesische Schwerindustrie kann nur bei einem hochentwickelten Verkehrsweisen gut prosperieren und das fehlt gerade in Polen.

# Katowice und Umgebung

## Anträge für Verkehrsarten

Die Katowitzer Polizeidirektion gibt bekannt, daß die bisherigen Verkehrsarten mit dem 31. Dezember 1927 ihre Gültigkeit verlieren und durch neue für das Jahr 1928 gültige ersetzt werden.

Anträge um Erteilung von Verkehrsarten sind nur in der Polizeidirektion, Zimmer 37, abzugeben. Der Antrag soll mit einem Vermerk des Kommissariats bezw. der Polizeidirektion des Wohnortes versehen sein, der die Identität der auf dem Antrag erwähnten Person und der auf der Photographie ersichtlichen feststellt. Der Antrag hat weiter die Meldedaten des Antragstellers für die Zeit vom 1. Januar 1921 bis zum heutigen Tage zu enthalten. Falls der Antragsteller in dieser Zeit außerhalb des Kreises Katowice seinen Wohnsitz hatte, ist aus her betreffenden Urtschaft die Aufenthaltserlaubnis vorzulegen, wenn diese Bescheinigung nicht schon früher vorgelegt worden ist.

Die Gebühren für die Ausstellung der Verkehrsarten betragen 2,00 Floty. Dem Antrage sind 3 allerneueste deutliche Photographien des Antragstellers ohne Kopfbedeckung beizufügen.

Die Betenden haben auf Verlangen nachstehende Dokumente vorzulegen: eine Bescheinigung über die Staatsangehörigkeit, Optionschein, Paß usw. Außerdem haben männliche Personen, die in den Jahren von 1885 bis 1909 einschl. geboren sind, Militärdokumente (Militärpaß, Entlassungsschein usw., Militärbescheinigungen) vorzulegen.

Die Anträge sind in der Polizeidirektion in nachstehender Regelung abzugeben: Personen mit den Anfangsbuchstaben:

- A bis Z in der Zeit vom 4. bis 12. Oktober;
- G und H in der Zeit vom 17. bis 26. Oktober;
- J bis K in der Zeit vom 31. Oktober bis 10. November;
- L bis M in der Zeit vom 14. bis 23. November;

gen für Schmalz und Speck ohne Kontingentbeschränkung einverstanden erklärt hat. Die Genehmigung für die einzelnen Bezirke werden erteilt. Da der größte Fettbedarf in Oberschlesien vorhanden ist, sollen die Gesuche der oberschlesischen Firmen in erster Linie berücksichtigt werden.

Wir wolkens hoffen, daß es nicht nur bei dieser Erklärung bleibt.

## Porzellaninteressen der Giesche-Spółka-Miejna Katowice

Infolge des deutsch-polnischen Zollkrieges ist in Polen eine eigene Porzellan-Industrie entstanden. Die Giesche-Spółka-Miejna hat die normals Czuday A.-G. in Boguski bei Katowice erworben und bereits seit einiger Zeit in Betrieb genommen. Die Jahresproduktion beläuft sich auf 160 000 Kilogramm Porzellan aller Gattungen, genügt aber nicht für den polnischen Inlandsbedarf. Besonders bessere Porzellanarten werden aus Deutschland eingeführt und lebhaft verlangt.

## Der französische Gesandte in Oberschlesien

Der französische Gesandte in Warschau, Laroche, weilt seit gestern auf Einladung des polnischen Staatspräsidenten in Ost-Oberschlesien und hat mit dem Präsidenten, nachdem er vorher dem Wojewoden einen Besuch abgestattet hatte, das Städtchen in Chorzow besichtigt. Der Staatspräsident weilt gegenwärtig als Zivilperson in Chorzow und wird sich von dort aus zum Besuch der Lokomotivfabrik nach Chorzow begeben. Von Chorzow aus fährt der Präsident nach Warschau zurück.



N bis K in der Zeit vom 28. November bis 7. Dezember;  
 S in der Zeit vom 12. bis 17. Dezember;  
 T bis Z in der Zeit vom 20. bis 31. Dezember.  
 Zum Empfang der fertigen Verkehrsarten sollen sich die Interessenten in den Kommissariaten bzw. in den Polizeistationen ihres Wohnortes melden.

Die fertigen Verkehrsarten werden nur gegen Empfangsbekundung sowie nach Abgabe der alten für das Jahr 1927 gültigen Karte abgegeben, falls der Antragsteller eine solche Karte beifügen hat.

Die Verkehrsarten, die vor dem 1. Januar 1928 fertiggestellt und abgegeben werden, können im Gebrauchsfalle auch schon im laufenden Jahre benutzt werden.

**Die jährliche Magistratsitzung vertagt.** Die für Dienstag angeordnete Magistratsitzung in Rattowitz fiel aus und wird am kommenden Freitag stattfinden.

**Deutsche Theatergemeinde Rattowitz.** Wir weisen nochmals besonders darauf hin, daß die Eröffnungsvorstellung pünktlich um 7 Uhr beginnt und nicht wie angegeben um 8 Uhr. Wegen des starken Andranges findet eine Wiederholung des „Kontakabaltiers“ Anfang November statt.

**Die Karjawina kommt nach Rattowitz.** Tamara Karjawina, die große russische Tänzerin, die letzte Primaballerina des ehemaligen Kaiserlich Russischen Balletts, und immer noch die größte Tanzkünstlerin unserer Zeit, kommt auf ihrer diesjährigen Europa-Reise für ein einziges Gastspiel nach Polnisch-Oberschlesien. Dasselbe findet statt am Sonntag, den 30. Oktober, im Stadttheater Rattowitz. Die gefeierte Künstlerin, die in den letzten zwei Jahren die größten Erfolge in Amerika, Australien und Japan hatte, wird von ihrem Partner, Pierre Bladoff, begleitet sein.

**Von der Preisprüfungskommission in Rattowitz.** Auf der letzten Sitzung der Preisprüfungskommission in Rattowitz sind nachstehende Preisänderungen getroffen worden: Desserlbutter auf dem Marke pro Pfund von 360 auf 370, ausgewählte Landeier pro Stück von 21 auf 22, Schrotbrot aus 65 Prozent, Mehl von 34 auf 33 Groschen. Die Preise sind streng zu beachten.

**Allgemeiner freier Angestelltenbund.** Am Donnerstag, den 6. Oktober, veranstaltet die Ortsgruppe Rattowitz des Allgemeinen freien Angestelltenbundes im Saale des Bundeshauses, ul. Mickiewicza 8, 1. Etage, ihre jährliche Monatsversammlung. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Besprechung über die Gesundheitsbewegung und die kommenden Krankenkassenwahlen. Es wird um zahlreichem Besuch gebeten. Vornehmlich müssen erscheinen diejenigen Mitglieder, die in der Ortskrankenkasse Rattowitz versichert sind.

**Ein neues Marktstatut.** Zwecks Regelung der Marktordnung auf den in Rattowitz abzuhaltenden Pferde- und Viehmärkten geht man seitens des Magistrats in Rattowitz an die Ausarbeitung eines neuen Marktstatuts heran. Der Entwurf wird nach Fertigstellung den städtischen Körperschaften zur Beschlusfassung und daraufhin der Wojewodschaft zur Bestätigung vorgelegt. Vor Beginn des neuen Jahres ist allerdings mit dem Inkrafttreten des neuen Marktstatuts kaum zu rechnen.

**Ausgezählte Arbeitslosenunterstützung.** Durch den Bezirks-Arbeitslosenfonds in Rattowitz gelangten in der letzten Berichtswoche innerhalb des Stadt- und Landkreises Rattowitz und Pleß an 11 366 Erwerbslose 120 993,87 Zloty Unterstützungsgelder zur Auszahlung. Es erhielten die Staatsbeihilfe in Höhe von 99 946,98 Zloty 9428 Erwerbslose, alsdann die Unterstützung nach dem früheren deutschen Gesetz im Betrage von 4910,63 Zloty 746 Personen, die Wojewodschaftsbeihilfe in Höhe von 1449,52 Zloty 211 Arbeitslose und die Unterstützung nach dem Erwerbslosenfürsorgegesetz vom 18. Juli 1924 im Betrage von 14 686,74 Zloty 981 Beschäftigungslose.

**Vom Auto des Wojewoden überfahren** ist gestern in den Nachmittagsstunden auf der ul. Krakowska der Arbeiter Opiek aus Chyranow. D. wurde sofort nach dem Knappschußlazarett überführt. konnte aber nach Anlegung eines Verbandes sich nach Hause begeben. Unsere Herren Würdenträger haben ansehend mit ihrer Autoraserei Pech, aber dem ließe sich abhelfen, wenn sie mit gutem Beispiel vorangingen und sich nach den polizeilichen Verordnungen, die das Autofahren regeln, richten wollten.

## Königshütte und Umgebung

**Gasversorgung durch die Königshütter Gasanstalt.** Die Königshütter Gaswerks-Abriegelungsgesellschaft erhielt die Konzession für die Gasversorgung der Städte Sosnowice, Bendzin im Dombrowaer Gebiet. Da in diesem Projekt auch die Stadt Dombrowa-Gornicza mit eingeschlossen ist, ist der Bau einer Gasanstalt in Bendzin vorgesehen, von wo aus das Gas mittels Rohrleitungen in die einzelnen Ortschaften des Bezirks, der insgesamt circa 250 000 Einwohner zählt, weitergeleitet werden soll. Das Projekt sieht eine jährliche Gasproduktion von 5 000 000 Kubikmeter vor, wofür jährlich circa 15 000 Tonnen Kohlen benötigt werden. An Nebenprodukten bei der trockenen Kohlendestillation würde das Unternehmen jährlich circa 7000 Tonnen Koks, circa 600 Tonnen Teer, circa 100 Tonnen Benzol und ungefähr circa 30 Tonnen Ammoniak gewinnen. Die Kosten des gesamten Unternehmens einschließlich des Baugrundes, Gebäude, Rohrnetz und der Gasmeter belaufen sich auf circa 1 600 000 Dollar. Bei Ausführung des Baues würden ungefähr 100 Arbeiter für ein Jahr Beschäftigung finden; ständige Beschäftigung wiederum circa 50 Arbeiter und 20 Angestellte. Die Rentabilitätsberechnung, die auf Grund obiger Angaben aufgestellt ist, weist einen Reingewinn von 500 000 Zloty auf, was eine zehnjährige Verzinsung des Anlagekapitals darstellt. Es wird die Gründung einer neuen Aktiengesellschaft geplant; die Verwaltung würde dem Gaswerk Königshütte obliegen, wodurch die Administrationskosten bedeutend vermindert würden. Da mit dem Bau des Gaswerks in Bendzin (der Magistrat dieser Stadt verpflichtet sich, den entsprechenden Baugrund mit Anschlussgleis dem Unternehmen zur Verfügung zu stellen) am 1. April 1928 begonnen werden soll, schweben gegenwärtig Verhandlungen betreffend Finanzierung dieses Unternehmens. Es wurden bereits mit deutschen Firmen, welche für dieses Projekt großes Interesse zeigen, Verhandlungen eingeleitet und man kann hoffen, daß noch im Laufe der Wintermonate die Frage der Finanzierung gelöst sein wird. Mit Rücksicht auf die große Bedeutung dieses Projektes, dessen Verwirklichung einer bestimmten Anzahl von Arbeitslosen ständige Beschäftigung geben und den Kohlenverbrauch steigern würde, wobei eine Menge wichtiger Produkte wie: Benzol, Teer usw. gewonnen würde, müßte dieses Projekt von den in Frage kommenden Ministerien auch demotivierend unterstützt werden.

**Eine zweite Werksfabrik?** Nachdem die Hüttenverwaltung ihrer Belegschaft bereits eine schöne Werksfabrik spendiert hatte, wogu eigentlich ist nur unverständlich, will auch die Werksfabrik-

verwaltung nicht nachstehen und dasselbe Geschenk ihrer Belegschaft machen. Natürlich kann man die Verwaltung daran nicht hindern, schließlich kann sie verschenken was sie will, und der Arbeiterchaft kann das gleichgültig sein. Aber wir glauben, die Arbeiterchaft wäre aus dem Werksfabrikennurmel längst heraus, doch wie wir verschiedentlich festgestellt konnten, ist das noch lange kein überwundener Standpunkt. Darüber muß man sich tatsächlich wundern, denn brauchen wir eigentlich Werksfabriken? Jeder klassenbewußte Arbeiter wird uns gewiß recht geben, wenn wir das entschieden verneinen. Die Arbeiterchaft, die heute einen so schweren Kampf um ihr bißchen Existenz führt, hat wahrlich anderes zu tun, als sich mit solchen Mühen zu befassen, die nur zum einflucken dienen. Es ist doch merkwürdig, handelt es sich um derartige Geschenke, da sind die Verwaltungen schnell bei der Hand, großmütig bis dorthin, aber wenn irgendein armer Teufel von Invaliden, der im Dienste der Verwaltung seine Knochen zum Marke und sich eines Tages auf der Straße wiederfindet, eine Kleinigkeit wünscht, da findet er verschlossene Türen. Und nicht anders ergoht es den vielen Hinterbliebenen die auf dem Schlachtfeld der Arbeit ihr Leben ließen. Wir kennen das nur allzu gründlich. Wenn man auch hier so freigebig wäre. Gewöhnlich, wenn solche Verwaltungsgeschenke präentiert werden, geht es dabei festlich zu. Sicherlich gönnen wir diese kurze Szene der Erhebung der Arbeiterchaft. Aber aus der Erfahrung heraus wissen wir, was das Unternehmertum damit bezweckt. Wir sagen nicht zuviel, wenn wir behaupten, die Werksfabrikennestlichkeiten zählen genau zu den anderen Mitteln des Unternehmertums, um die Arbeiterchaft sich gesüßiger zu machen. Das hätte sie schon längst herausfinden müssen.

**Begen kommunistischer Umtriebe verhaftet.** Die Königshütter Polizei hat vor einigen Tagen zwei Männer und eine Frau verhaftet, denen kommunistische Agitation vorgeworfen wird. Bei einer in den Wohnräumen der Verhafteten vorgenommenen Hausdurchsuchung wurde nämlich reichliches kommunistisches Agitationsmaterial gefunden und beschlagnahmt.

**Rangamer fahren.** Auf der ul. 3-go Maja strek am Dienstag nachmittag ein Personenauto mit einem Führer zusammen. Das Auto, in dem sich der Chef des Zivilkabinetts des Staatspräsidenten, der gegenwärtig in Chorzow weilt, befand, kam unbeschädigt davon. Nicht so glücklich erging es dem Führer und seinem Lenker, dem Rutscher Sauer. Letzterer trug erhebliche Verletzungen davon und wurde vom Zivilkabinettschef selbst nach dem Krankenhause überführt. Die Polizei wird hier festzustellen haben, wer der schuldige Teil ist. In diesem Falle jedoch kann man nicht im Unklaren sein. Bei dieser Gelegenheit wollen wir unsere Sicherheitsbehörde darauf aufmerksam machen, daß der Autofahrer doch mehr Beachtung geschenkt wird. Für das Fahrtempo gibt es bestimmte Vorschriften, zumal für das an den Straßenenden. Aber wie man häufig feststellen kann, kümmern sich die Autofahrer um sie herzlich wenig, es wird darauflosgefahren, was nur das Zeug herhalten kann. Und man muß sich wundern, daß nicht noch mehr Unfälle zu verzeichnen sind. Ebenso kann man beobachten, daß Autos in der Dunkelheit vielfach ohne Beleuchtung fahren. Das verstößt doch auch gegen die polizeilichen Vorschriften. Stärkeres Vorgehen gegen die Autofahrer wäre deshalb am Platze.

**Falsche Banknoten.** In der letzten Zeit gelangen in Königshütte wiederum falsche Fünfschlotzschneine in den Verkehr. Im Zusammenhang damit verhaftete die Polizei eine Person, einen gewissen Herczka aus Wolbrom, der dringend verdächtig wird, die Falsifikate ausgegeben zu haben.

**Die Probefahrt.** Auf der Chaussee Königshütte-Rattowitz unternahm einer der drei neuen Autobusse der Kleinbahngesellschaft eine Probefahrt. Zuerst klappte alles vorzüglich, aber man soll bekanntlich den Tag nicht vor dem Abend loben. Und so war es auch hier. In der Nähe der Baldonhütte gab es nämlich ein Malheur. Als der Autobus, der den Salenzer Weg besuhr, wieder auf die Chaussee wollte, stieß er mit voller Wucht gegen einen Mast der Kleinbahnleitung, der infolge des Anpralles buchstäblich zusammenfiel. Auch der Autobus wurde beschädigt. Ein sehr gutes Vorzeichen ist das gerade nicht, aber wir wollen nicht pessimistisch sein und hoffen, daß, sobald die Autobusse dem Verkehr übergeben sind, derartiges nicht mehr vorkommt.

## Siemianowik

**Eine zu harte Bestrafung?** Solange es Grenzen gibt, so lange wird es Schmutzger geben. Und Hand aufs Herz, wer hat noch nicht geschummelt? Für manche ist es Beruf, der oft mit dem Leben bezahlt wird, für andere ist es Gelegenheit, und für viele ist es der Reiz der Neuheit oder ein kleiner Nebenwerb. Bei fünf Straßenbahnern war es auch Nebenwerb, der ihnen allerdings teuer zu stehen kam. Sie schmutzeten Papprest wurden erwischt und mußten hohe Strafzollgebühren zahlen, 800 bzw. 90 Zloty und hatten noch dazu das Pech, daß ihnen die Verkehrsarten entzogen wurden. Aber das dide Ende kam nach. Als nämlich die Kleinbahndirektion von dem Staatsverbrechen ihrer Angestellten in Kenntnis gesetzt wurde, kündigte sie diesen fünf armen Teufeln zum 1. Oktober die Stellung. Es ist zwar eine ältere Verfügung vorhanden, nach welcher schmutzenden Straßenbahnern die Kündigung droht, aber daß diese so rücksichtslos durchgeführt wird, ist noch nie in die Öffentlichkeit gedrungen. War denn hier im ersten oder zweiten Falle nicht ein strenger Beweis angebracht? Die Strafbestrafung sind doch hart genug gewesen; fern der Verlust der Verkehrsarte und die unständliche Beschäftigung einer anderen, ist das nicht auch bereits eine Bestrafung? In der betreffenden Schaffner ohne Verkehrsarte nicht auf einer anderen Straße verwenden? Er wollte sich einen kleinen Nebenwerb nicht verschaffen bei den Hundebältern der Kleinbahn, und nicht mal Sonntags mit der Familie ausgehen zu können — und darauf antwortet die Kleinbahndirektion mit einer derartigen rigorosen Maßnahme? Tui Deiwel! Was rauchen denn z. B. die Herren Direktoren? Zigarren Marke „Wyrob krajowy“? Der nächste Lungenzug soll ihnen so bekommen, wie wir es ihnen wünschen. Bleibt die Entlassung der 5 aufrecht erhalten, so denken Sie, meine Herren, daß sie sich deselben Vergehens schuldig gemacht und dieselbe Bestrafung verdienen, wenn Sie ihre „Karri“ rauchen — und Sie haben das bei den klüglichen Gehältern gar nicht nötig! Um dem Schmutzger vorzubeugen, wäre es wohl angebracht, die geplante Maßnahme, den durchgehenden Grenzverkehr abzuschaffen, endlich durchzuführen.

**Das ist Sünde.** Gegenwärtig werden in der Siemianowiker Kirche Missionspredigten abgehalten, welche den Zweck haben, zweifelnde Gläubige zu guten Christen heranzubilden. U. a. hatte auch der Missionar in einer Predigt den Besuchern klargelegt, daß durch das Anzigen von Werkzeug, welches der Betriebsverwaltung gehört, der Arbeiter eine schwere Sünde geht. Daß aber durch die Enthaltung des richtigen Arbeitszeuges der Arbeitgeber eine viel größere Sünde begeht, hatte der predi-

Börsekurse vom 6. 10. 1927		
(11 Uhr vorm. unverbündlich)		
Warschau . . . . .	1 Dollar	{ amtlich = 8,95 z frei = 8,96 z
Berlin . . . . .	100 z	= 46,82 Rmt.
Kattowig . . . . .	100 Rmt.	= 213,50 z
	1 Dollar	= 8,95 z
	100 z	= 46,82 Rmt.

gende Herr nicht hervorgehoben. Dann hatte auch der Missionar betont, daß das Streiten um Land unter den Völkern eine schwere Sünde ist. In die em Falle hat wohl der Herr Missionar vergessen, daß der letzte Weltkrieg ebenfalls ein solcher Streit gewesen war, während diesem seine Berufskollegen den streitenden Armeen den Segen dazu gegeben haben. Was nützen manchmal die schönen Worte dieser Herren, wenn sie von ihnen aus niemals realisiert werden. Zum Schluß wäre dem Herrn Missionar gesagt, daß solange schöne Worte nur schöne Worte werden und nicht in Taten umgewandelt werden, so wie es Jesus getan hat, niemals richtige Christen geben wird; denn was soll die Herde tun, wenn der Hirt nicht richtig handelt.

**Standesamtliche Nachrichten.** In der Zeit vom 17. bis 30. September sind 11 männliche und 14 weibliche Personen geboren. Gestorben: Josef Rutalla im Alter von 73 Jahren, Pauline Kosziol 61 Jahre, Paul Buchwald 40 Jahre, Wlodek Hauswizer 2 Monate, Anna Jendryszel 54 Jahre, Ernst Knie 48 Jahre, Josef Wochowiak 8 Monate, Laura Rosenkranz 62 Jahre, Irene Aniol 2 Monate, Georg Jajer 2 Wochen, Leopold Korbel 71 Jahre, Anna Piontel 78 Jahre, Gerhard Ziola 11 Monate.

**Verloren.** Der Franz Blaszyk von der Kosciustokstraße und die Maria Jarzombel von der Wandafstraße haben ihre Verkehrsarten verloren. Die Finder können diese bei ihnen selbst oder im hiesigen Polizeikommissariat abholen.

**Diebstähle.** Am 1. Oktober begab sich ein Unbefugter durch das Fenster in die Wohnung der Marie Salemba, Kirchstraße, und entwendete vom Küchenschrank 50 Zloty. — Auf der Schmalpurbahnhöhre zwischen Laurahütte-Georgshütte wurde 1300 Meter Telephondraht gestohlen. Die Diebstahler, jugendliche Puschchen, konnten ermittelt werden. — Der Schuljunge Dzurra entwendete aus der Wohnung des Wilhelm Winkler, Schepfengasse 13 eine Geldsumme von 110 Zloty und verteilte diese unter seiner Kollegen.

## Sportliches

**Laurahütter Auswahlspiel: Blauweiß schlägt Gelbblau 3:2.**

Vor zirka 1000 Zuschauern trafen sich am letzten Sonntag zwei Auswahlmannschaften der Laurahütter Vereine zu einem Übungsspiel zusammen. Beide Mannschaften wurden seit gleichem Zeitpunkt zusammengestellt, so daß man mit einem interessanten Kampfe rechnen konnte. Diese Voraussage hatte sich auch bewahrheitet, denn von der ersten bis zur letzten Minute war das Spiel ein sehr stottes, wobei eine Situation der anderen folgte. Die beteiligten Spieler übertrafen sich bei diesem Spiele selber und man mußte staunen, wach gutes Material unter den Laurahütter Vereinen zu finden ist. Dies erklärt sich auch, denn ein jeder Spieler trachtet danach, in der sogenannten „Repräsentative“ von Laurahütte aufgestellt zu werden. Vorwiegend behielt sich das Publikum, welches das Spiel mit starkem Interesse verfolgte und die Leistungen der Mannschaften fast stürmisch applaudierte. Wenn auch das Spiel sehr scharf durchgeführt wurde, so verlief es doch in den erlaubten Grenzen. Nur hin und wieder brauchte der umsichtige Schiedsrichter Hettwer eingreifen und die Spieler auf den Zweck des Spieles hinweisen. Allgemein wurde das sofortige Bedürfnis vernommen, wonach diese repräsentative Elf ein Wettspiel mit einer auswärtigen Städteemannschaft austragen soll. Und ohne Zweifel wäre dies für die Doppelgemeinde von großer Werbefraße.

## Der Spielverlauf.

Mit dem Anstoß der Blauweißen wurde der Kampf eröffnet. Nach wenigen nervösen Minuten vernahm man von vornherein eine rationelle, überlegte Spielweise bei den Blauweißen und allmählich wurden die Gelbblauen in die eigene Spielhälfte vertrieben. Diesen Vorteil haben die Blauweißen der unermüdlichen Dauerreihe zu verdanken, welche sich von der besten Seite zeigte. Ein Erfolg vor dem Tore wurde jedoch immer wieder von den aufmerksamen Gegenverteidigern Machnik, Welz verhindert. Einen Handmeter verwandelt Ledwon zum ersten Tore für die Gelbblauen. Doch nicht lange und dasselbe Schicksal wurde für die Gelben diktiert. Dieser Elfmeter wurde jedoch von Willem brabios gehalten. Jetzt bekommt das Spiel einen scharfen Charakter. Blizschnell werden die Angriffe gewechselt, was das Publikum immer wieder fesselt. Ein wohlgelegener Kombinationszug der Gelben bringt dieselben zum zweiten Tor vor dem Tor der Gelben. Doch wiederum sind es die Verteidiger mit dem Torwart, die den Ausgleich verhindern. Nur durch einen Elfmeter kann Lange von den Blauen den Ausgleich schaffen. Nach der Pause dasselbe Bild. Eine Müdigkeit war nicht zu bemerken. Immer mehr machte sich eine größere Sympathie für die Blauweißen bemerkbar und auch mit Recht, denn die Spielart war eine viel frischere als bei den Gelben. In kurzen Abständen kommen nun die Blauen durch zwei schöne Tore von Krakowski, Machon in die Führung. Keinesfalls lassen sich jedoch die Gelben entmutigen und nach einer Umstellung von Machnik in den Sturm machten sie sich weit gefährlicher. Von den scharfen Torhüßern endete jedoch keiner im Gegentor. Mit 3:2 gewannen nun die Blauen wohlverdient das Spiel. Die Gelben verdienten jedoch gleichfalls ein Lob.

## Die Mannschaften:

Die siegreichen Blauen hatten ein großes Plus in der Dauerreihe, die mit der Befehung Gnielcz, Rudarczyk, Grzymob wohl das Beste darstellte. In der Verteidigung war Lange mit Gawron in sehr guter Form. Der Sturm hatte im Linksaußen Geizner eine schwache Befehung. Die übrigen Stürmer zeigten schöne Leistungen. Besonders gut waren Machon und Krakowski.

Bei den Gelben verlagte die Dauerreihe. Sehr schwach waren die Außenläufer. In der Hintermannschaft waren Machnik und Willem die Besten. Der Sturm, der keine Unterstützung von den Äußeren hatte, zeigte nichts besonderes. Mit Ausnahme von Ledwon waren sie alle im Durchschnitt.

Schiedsrichter Hettwer gut.

Vor diesem Spiel trugen die repräsentativen „Alte Herren“ ein ausgeprochenes „Lustspiel“ gegen die gleichen des 1. K. C. Rattowitz aus. Die Laurahütter zeigten sich von der besten Seite und trennten sich unentschieden mit 2:2. Eine Marke für sich war der Tormann Rassel.

U. M.



# Die Gefahrenzone von Tanger

Die Hoffnung, daß Marokko sich nach der Erledigung Abd el Krim's in gestörter Ruhe und Entwicklung erfreuen wird, erfüllt durch die jüngste Wendung in der inneren Politik des Landes eine gründliche Widerlegung. Das künftige der augenblicklichen Situation besteht darin, daß die zueinandergehörigen Elemente nicht die widerwärtigen Eingeborenen sind, sondern Spanien der politischen Querschnitt macht. Infolge der dauernden französisch-spanischen Querfronten entsteht die Gefahr, daß Marokko dazu bestimmt ist, dauernd zu einem der Gefahrenzentren des internationalen Friedens zu werden. Die europäische Diplomatie hat mit der Regelung der marokkanischen Interessensphären kein Meisterstück vollbracht. Marokko bleibt das klassische Land des Gegeneinanderwärtens der unterirdischen vom europäischen und amerikanischen Kapital dirigierten Kräfte, deren Gruppierung sich zwar verändert hat, aber deren Wirksamkeit heute noch stärker ist als in jenen Tagen, da das Land den kapitalistischen Appetit zu reizen begann.

Vor dem Kriege war Marokko eines der Objekte deutsch-französischer Rivalität und Spanien führte in den Provinzen von Ceuta und Melilla ein Schattendasein. Heute tritt Primo de Rivera als Partner des französischen Kampfes gegen Abd el Krim mit Forderungen auf, die Spanien in die Rolle des mit Frankreich Gleichberechtigten versetzen sollen. In diesem klassischen Land der Hintertreppenpolitik drängt sich in einem solchen Fall sofort die Frage nach den Drahtziehern des Fordernden auf, da Spanien weder physisch noch materiell im Stande ist, seine marokkanische Position erheblich auszuweiten. Der spanische Diktator steht im Schatten seines größeren italienischen Kollegen Mussolini, der von jedem Stückchen Erde mit zweifelhaften Besitzverhältnissen an der Küste des Mittelmeeres hypnotisiert ist. Der Kampf um Marokko, den Schlüssel von Nordafrika, beginnt sich auf die drei großen lateinischen Nationen zu konzentrieren, während England als Schiedsrichter über den Parteien steht und die Wünsche der verschiedenen Bewerber geschickt für die Zwecke seiner eigenen Politik auswertet.

Der in Marokko aufglimmende Streit dreht sich um die sogenannte Tanger- oder internationale Zone. Marokko ist nach den Verträgen zwischen den Großmächten in drei Zonen, eine französische, eine spanische und die Tangerzone aufgeteilt. Der Sultan von Marokko hat dem Namen nach Herrscher über alle drei, in Wirklichkeit hat er in der französischen ebenso wenig Einfluß wie in den beiden anderen, obwohl er auch dort durch politische Bevollmächtigte vertreten ist. Die Tangerzone wird nach einem Status verhandelt, das auf Grund einer zwischen Spanien, Frankreich und England am 23. November 1923 abgeschlossenen Konvention am 1. Juni 1925 in Kraft gesetzt worden ist und das bereits erheblich zum wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt und des Zonengebietes beigetragen hat. Tanger beginnt sich allmählich zum Hafen des aufblühenden Landes zu entwickeln und spielt auch eine wachsende Rolle im Umschlagverkehr zwischen Frankreich und seinen anderen afrikanischen Kolonien. Die Durchführung des Tangerstatus erfolgt gemeinsam durch eine diplomatische Kommission der verschiedenen europäischen Mächte und durch eine von allen Einwohnern der Stadt ohne Unterschied der Rassen gewählte gesetzgebende Versammlung. Trotz der Schwierigkeiten, die aus dem bunten Gemisch der Tangerer bewohnenden Völker, Sprachen und Religionen entspringen, hat sich dieses System bis jetzt ausgezeichnet bewährt. Obwohl Spanien von der Internationalisierung des Gebiets nicht weniger profitiert als die übrigen Beteiligten, macht es dauernd Versuche, zur Änderung dieses Zustandes. Mit den in solchen Fällen üblichen fadenscheinigen Argumenten fordert die spanische Regierung seit einiger Zeit die Einverleibung Tangers und seines Hinterlandes in die spanische Zone. Dabei steht heute schon fest, daß die wirtschaftliche Zukunft Tangers mit der Weiterentwicklung durch Spanien vernichtet sein würde. Frankreich würde sofort dazu übergehen, Rabat als marokkanischen Handelshafen auszubauen. Tanger wäre dann auf den Verkehr mit dem Rif angewiesen. Spanisch-Marokko lebt aber lebendig von der Okkupationsarmee. Die große Hoffnung Spaniens sind die Bodenschätze des Rif, die ohne Zweifel sehr erheblich sind. Vorläufig ist aber dieses Gebiet für Europa fast unzugänglich und noch nicht einmal wissenschaftlich, geschweige denn bergtechnisch, durchforscht. Spanien beutet bis jetzt im Schutz der Kanonen von Melilla und Ceuta nur einige Eisen-, Zink- und Antimonvorkommen mit primitiven Mitteln aus.

Die wirtschaftliche Situation der französischen Zone ist dagegen erheblich günstiger. Französisch-Marokko befindet sich zwar in bezug auf Zivilisation und technische Entwicklung auf sehr niedriger Stufe, macht aber rapide Fortschritte in seiner Europäisierung. Seine Entwicklung wird beträchtlich gehemmt durch die Unsicherheit der französischen Verwaltungsmethoden, die sich unter dem Einfluß der das Land in Wirklichkeit beherrschenden Pariser Großbanken bis jetzt noch nicht haben zurecht finden können, ob die Erschließung Marokkos als Agrar- oder Industrieland zu erfolgen hat. Sind die Männer der Banque de Paris in Paris das oben auf, dann tritt die französische Marokko-Politik in das Zeichen großkapitalistischer Expansion, die zur Annexion der Phosphatvorkommen von Ouergha, der eigentlichen Ursache des Konfliktes mit Abd el Krim geführt hat. Augenblicklich ist die friedliche Richtung des Credit Foncier wieder Trumpf und ihr Einfluß äußert sich in verstärkten Bemühungen um die Förderung der Landwirtschaft und der bäuerlichen Kolonisation. Die französischen Behörden andererseits machen große Anstrengungen zur Verbesserung des Bewässerungssystems. Für seinen Ausbau sind in das diesjährige Budget annähernd zwei Millionen Franken eingestellt worden. Daneben geht eine von Wanderlehrern geleitete Propaganda zur Einführung besserer Arbeitsmethoden, der Absatz landwirtschaftlicher Produkte wird organisiert und die Eingeborenen werden allmählich von der gefährlichen Plage des alten marokkanischen Steuersystems befreit. Auch die industrielle Entwicklung Französisch-Marokkos macht Fortschritte. Die Zahl der Unternehmungen, die in der Hauptstadt der Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse dienen, steigt sich von Jahr zu Jahr, ebenso die Ausbeutung der Mineralische. 1926 wurden aus den durch Regierungsmonopol betriebenen Vorkommen bereits 900 000 Tonnen Kalziumphosphat exportiert. Im großen und ganzen leidet die französische Verwaltung in Marokko, von einigen Schönheitsfehler abgesehen, durchaus positive Arbeit, ganz im Gegensatz zu Syrien und Zentralafrika.

Durch die spanischen Intrigen in Tanger drohen dem französischen Kolonialwert, das seine Erfolge in der Hauptsache dem Zusammenwirken europäischer und einheimischer Kräfte verdankt, dauernde Störungen. An dem Fall Tanger erweist es sich wieder einmal, wie in allen ähnlichen Vorgängen in der jüngsten Geschichte der europäischen Kolonialpolitik, daß das eigentliche Totengräberwerk für das moralische Übergewicht Europas von imperialistischen Desperados der weißen Rasse geleitet wird, die durch ihre Gier und ihre Kurzsichtigkeit nicht müde werden, die Fundamente eines einigermaßen vernunftgemäß beabsichtigten kolonialen Aufbaues zu unterwühlen.

# Oesterreichische Reaktion

Agrarischer und industrieller Hochschuß. — Der sozialdemokratische Abwehrkampf.

Als nach den letzten Wahlen die Regierung Seipel neu gewählt wurde — die alte Regierung vermehrt um einen Landbändler —, da legte Dr. Seipel als sein Regierungsprogramm ein Programm der wirtschaftlichen Reaktion vor. Ein Programm des wirtschaftlichen Aufbaus nannte er es, aber schon die einzelnen Punkte dieses Programms zeigten, daß es sich nur um den Aufbau der wirtschaftlichen Reaktion handelte. Und in der Tat: es war ein Programm, das den großkapitalistischen und großaragrischen Kreisen den Dank für ihre Wahlhilfe abtrotzen sollte.

War an die Spitze dieses Programms der von den Kapitalisten so sehnlich gewünschte Abbau des Mieterschutzes — „Schaffung eines modernen Mieterrechtes“ nannte das Dr. Seipel — gestellt, so mußte, da über die Art des neuen Mieterrechtes wohl selbst unter den Regierungsparteien keine Klarheit besteht, praktisch die Hochschußpolitik in die erste Reihe treten. Schon deshalb, weil die Landbändler — die Vertreter der Großagrarier — nur unter dieser Bedingung in die Regierungsmehrheit eingetreten waren.

So wurde denn auch gleich in den ersten Tagen die alte schon im Februar eingebrachte, aber damals nicht einmal beratene Zolltarifnovelle neuerlich vorgelegt. Dieser Zolltarif, der ein Kompromiß zwischen Großindustriellen und Großagrarier darstellt, welchen beiden er hohe Zölle auf Kosten der breiten Massen zuschanzen will, wurde auch bald mit Hochdruck in Arbeit genommen und wenn es auch infolge des Widerstandes der Sozialdemokratie nicht so schnell, als die Herren wünschten, Gesetz wurde, ist er immerhin bereits im Unterausschuß des Zollausschusses durchberaten und steht nun im Zollausschuß selbst zur Beratung.

Vorläufig geht der Kampf erst um die landwirtschaftlichen Zölle, aber gerade hier zeigt sich der reaktionäre Charakter der Wirtschaftspolitik der Regierung mit aller Klarheit. Die Vorgehensweise will zunächst das System der gleitenden Zölle abschaffen, und durch das der starken Getreidezölle ersetzen, so daß der Zoll nicht mehr von der Preislage abhängig ist. Sie will die Zölle auch ganz gewaltig erhöhen. Bisher betrug der Getreidezoll — wenigstens bei dem jetzigen stabilen Preisniveau — für hundert Kilo 25 Goldkronen. Er soll auf nicht weniger als auf 4 Goldkronen bei Weizen und Roggen und auf 3 Goldkronen bei Gerste und Hafer erhöht werden.

It schon eine gewaltige Erhöhung auf das Sechsfache unerträglich, so würde die auf dem erhöhten Getreidezoll aufgebaute Erhöhung des Mehlszolls katastrophal wirken müssen. Der Mehlszoll beträgt heute 1,45 Goldkronen über dem Getreidezoll. Er soll nach dem neuen Zolltarif auf 8 Goldkronen über dem Getreidezoll erhöht werden. Nun soll allerdings in dieser Höhe nur ein Kampfsoll sein, wenn mit einem Lande kein Handelsvertrag zustande kommt. Praktisch käme der Vertragszoll — wie er in dem Handelsvertrag mit Ungarn vereinbart ist — in Betracht. Mit Ungarn hat die Regierung nämlich einen Getreidezoll von 2 Goldkronen (statt der bisherigen 25 Goldkronen) und der 4 Goldkronen des neuen Tarifs) und einen Mehlszoll von 5 Goldkronen (statt der tarifmäßigen 8 Goldkronen) vereinbart. Es würde also auf 100 Kilo Mehl statt der bisherigen 1,70 Goldkronen (25 Heller Getreidezoll + 1,45 Kronen Mehlszollzuschlag) ein Zoll von 2 + 5, also sieben Goldkronen oder um 5,30 Goldkronen (= 7,68 Schilling oder 4,58 Mark) mehr gelegt werden, was einer Verteuerung des Kilogramms Roggenmehl um 8 Groschen oder 4,8 Pf. bedeuten würde.

## Zigeunerschule

In der „Leipziger Volkszeitung“ schreibt Erich Gottgeiten: Daß die Zigeuner in die Schule gehen, ist eine Seltenheit. Fürs Leben sind ihnen andre Dinge notwendiger als Lesen und Schreiben. Fanden sie doch einmal den Weg auf die Schulbank, so waren die Ausgestoßenen der menschlichen Gesellschaft rasch auf Fremdlinge, Getretene, Verpöbelte in der Kindergegend.

Jetzt gibt es eine Zigeunerschule, eine einzige in Europa, eine einzige in der ganzen Welt. Das seltsame Haus erhebt sich am Rande der Großstadt Mghorod. Mghorod ist die Hauptstadt von Karpathenrußland, hinter der Slowakei gelegen, nahe der rumänischen Grenze, nicht die Fische, die Wölfe sagen sich hier gute Nacht.

Die Zigeuner sind hier so seßhaft, daß sie die herumstreifenden Kollegen anderer Stämme der Polizei ausliefern. Richtige Bürger sind sie, und der Gendarm führt über ihre Namen genau Buch: fünfundzwanzig Familien hat er sich aufgeschrieben, von einem bis zu zehn Köpfen. Jede Familie nennt ein Häutchen ihr eigen. Ganz roh ist das, nur aus Lehm gebacken, selten mit Fenstern, sehr selten mit der Ruine einer Bettstelle versehen, und nur ein einziges Mal mit einer „Einrichtung“: die gehört dem Bürgermeister. Den gibt es. Die Zigeuner haben ihn aus ihrer Mitte gewählt, er besorgt den Verkehr mit den tschechischen Behörden, seine Hosen zielt ein großes Loch.

Ich habe den Bürgermeister der Zigeuner interviewt und „offiziell“ bestätigt erhalten, was ich sah: furchtbares Elend, oft schlafen acht bis zehn Menschen in so einer Hütte ohne Luft und Licht, theoretisch geschlechterweise in die Ecken verteilt, die Eltern elend.

Wovon leben hier die Zigeuner? Von Betteln, von Almspenden, von Hundesang zur Zeit der städtischen Hundesperre. Da stehen ein paar sehr hübsche junge Mädchen herum. Was treiben die? Prostitution. Polizeilich vorbestraft ist niemand.

Jetzt wollen wir in die Schule gehen. Die Zigeuner haben dieses sehr europäisch aussehende einstöckige Häuschen selber aufgebaut, die dazu nötigen fünfundsechzigtausend Kronen haben ihnen Stadt, Staat und „Pan Masaryk“ zur Verfügung gestellt. Eben hat die Schule ihr erstes Betriebsjahr vollendet, der Bericht hierüber ging ans Unterrichtsministerium nach Prag, die hohen Herren auf der Burg sind mit ihm zufrieden. Zur Belohnung hängt den Zigeunerkindern — nein, nicht der Himmel, aber die Schulwand voller Geigen. Dreißig Kinder haben vom Staat dreißig Geigen geschenkt bekommen, beim Unterricht ist ganz auf Musikalische gestellt, Musik ist Hauptsache, nicht nur nach dem Gehör sollen die Kinder spielen lernen, sondern auch nach Noten.

Musik macht Spaß. Die Kinder pilgern wirklich gern zur Schule, sie sind von dem Wunsch auch noch nicht abgekommen, der Schulweg ist im Durchschnitt sechzig Meter lang. Dann gibt es noch einen besonderen Anziehungspunkt: das ist der Suppentisch vom roten Kreuz. Aber die Kinder müssen sich im Waschküchen gründlich waschen, bevor sie ins Klassenzimmer gelassen werden. Links ist der Eingang.

Aber Ungarn hat die Zustimmung zu der Erhöhung des Mehlszolls nur unter der Bedingung gegeben, daß ein Kartell zwischen den österreichischen und ungarischen Mühlen geschlossen wird, und die Regierung hat auch tatsächlich die Unterstützung dieses Kartells in der Weise auf sich genommen, daß sie den ungarischen Mühlen 60 Prozent der Erhöhung des Mehlszolls zurückstatten soll — was natürlich die Folge hätte, daß die österreichischen Konsumenten den erhöhten Zoll tragen, der Staat aber keinen Ertrag davon haben würde. Da überdies auch die anderen Staaten einer Erhöhung des Zolls Widerstand leisten würden, müßte die österreichische Regierung dieselbe Begünstigung auch ihnen gewähren, und es würden also in das Kartell mindestens auch die indonesischen und rumänischen Mühlen einbezogen werden müssen, so daß auf Kosten der österreichischen Steuerträger ein internationales Mühlenkartell geschaffen würde — wobei wahrscheinlich auch auf Grund der Meistbegünstigung alle Siegerstaaten den Beitritt erzwingen würden.

Als die Sozialdemokraten diesen schändlichen Handel enthielten, müßte die Regierung davon sofort zurücktreten. Sie tat das in der Form, daß sie erklärte, die Verhandlungen über das Kartell hätten sich infolge verschiedener Schwierigkeiten zerlegt; es würde aber mit der ungarischen Regierung über den Modus der Erhöhung des Mehlszolls weiter verhandelt.

Nun verhandelt der Zollausschuß über die Vieh- und Fleischzölle und er will auch diese entsprechend den Wünschen der Großagrarier erhöhen. Die Sozialdemokraten haben demgegenüber vorgeschlagen, den Kleinbauern statt des Zolls Prämien für die Aufzucht und die Mast von Vieh zu zahlen, womit der Notlage der Bauern weit sicherer abgeholfen wurde. Aber es handelt sich bei der Regierung und ihren Parteien ja nicht um die Landwirtschaft und ihre Hebung, sondern um die Profite der Großagrarier und deshalb lehnen sie diese Forderung ab. Als Entgelt für die Unterstützung der Profiteure der Großagrarier erhalten auch die Großindustriellen, namentlich die von der Schwerindustrie ihre Zölle. Aber bis diese bewilligt werden, wird wohl noch einige Zeit vergehen. Deshalb kündigt die Regierung jetzt an, daß sie im Herbst endlich eine Vorlage über die Reform des Mieterschutzes einbringen werde. Es ist zwar klar, daß die Aufhebung oder auch nur wesentliche Verschlechterung des Mieterschutzes mit der sprunghaftigen Erhöhung der Löhne und der Angehörigen zu Lohnforderungen veranlassen müßte, so daß also der Staat und die Industrie die Leidtragenden wären. Aber die Schauphörer der Industrie sind gewissenlos genug, trotzdem die Forderung nach Abbau des Mieterschutzes zu unterstützen, weil sie sich einbilden, der Sozialdemokratie damit eine Niederlage beibringen zu können!

Sie scheuen selbst vor der Gefahr schwerster politischer und wirtschaftlicher Kämpfe nicht zurück, wenn ihnen die Hoffnung winkt, wieder ein Stück „revolutionären Schmutzes“, wie es Dr. Seipel genannt hat, wegzuräumen zu können. Aber hinter dem Mieterschutz stehen nicht nur die gesamte Arbeiterchaft und Angestelltenchaft, sondern auch alle nichtkapitalistischen Schichten des Bürgertums, vor allem alle kleinen Gewerbetreibenden und kleinen Geschäftleute, ebenso aber auch die ganze Beamtenchaft, die alle auch durch den reaktionären Zolltarif auf das schwerste gefährdet sind, so daß wenn es die Reaktion auf einen Kampf ankommen lassen sollte, sie und mit ihr die ganze reaktionäre Wirtschaftspolitik sich an der festen Front der arbeitenden Masse eine entscheidende Niederlage holen dürften.

Der Lehrer ruft: „Tendrii favore!“ Alle aufstehen! Dann begrüßt uns in voller Befehlsform aller Stimmen ein Lied, in der Zigeunersprache gesungen:

Ein Zigeunermädchen war meine Geliebte,  
Sie meinte, ich würde sie heiraten,  
Aber ich wollte sie nicht.

Ich weiß leider nicht, wie sich diese Liebestragödie weiterentwickelt hat. Der Lehrer erzählt gleich dies und jenes von seiner Schule, den Kindern ruft er zu: „Csi!“ „Nube!“ „Beschen!“ sehn. Es ist aber nicht gleich ruhig und die Kinder setzen sich auch nicht sofort, aber ich muß sagen, das gefällt mir besser als der Besuch der Dresdener Berufsschulmutterklasse in Gotha bei der Festung Königstein, wo nacheinander, sobald man ins Klassenzimmer kommt, je ein Junge und ein Mädchen auf einen zutreten und einen ansprechen: „Ich begrüße Sie im Namen der Knabenklasse Quinta B!“, „Ich begrüße Sie im Namen der Mädchenklasse Quinta B!“ „Im Namen...“

Der junge Lehrer von Mghorod heißt Svestal. Er hat die Zigeunersprache erlernt, obwohl die offizielle Unterrichtssprache Slowakisch ist, das die Kinder auch ganz gut beherrschen. Svestal ist ein Pädagoge vom modernsten Schlag — schlägt also nie, gegen den Willen der Eltern übrigens. Er hat mit den Kindern die besten Erfahrungen gemacht, nie ist ihm etwas gestohlen worden, im Gegenteil, sie wollten ihm viel Geschenke machen.

## Der König der Fassadenkletterer

Seltene Helfertünnen.

Vor einem Berliner Schöffengericht hat sich, wie bereits gemeldet, der Einbrecher Fritz Wald, dessen fähige Taten ihm den Titel „König der Fassadenkletterer“ einbrachten, wegen zahlreicher schwerer Einbrüche zu verantworten. Wald ist 27 Jahre alt und stammt aus Jelnitz bei Dessau. Ihm werden 18 Einbruchdiebstähle in Hamburg und Berlin zur Last gelegt. Neben ihm haben sich wegen Beihilfe bzw. Helferei der Kaufmann Lehrer, Frau Esse Strunz aus Hamburg und Frau Anna Eibrecht zu verantworten. Wald macht bei seiner Vernehmung einen recht sympathischen Eindruck, und man begreift, daß er in der sogenannten guten Gesellschaft eine Rolle spielen und besonders auf Frauen Eindruck machen konnte. Er war elf Jahre alt, als seine Eltern starben. Darauf wurde er im Waisenhaus aufgezogen. Von hier ist er später entlaufen, da er „seelisch sehr empfindlich veranlagt“ war. Wegen eines Diebstahls kam er dann in Zwangsverziehung. Inzwischen ist er vielfach vorbestraft, zunächst in Dresden und München mit insgesamt neun Jahren Zuchthaus.

Die zur Aburteilung stehenden Straftaten hat er in den Jahren 1924 und 1925 begangen. In verhältnismäßig kurzer Zeit stiel ihm eine Beute in die Hände, deren Wert auf rund 2 Mill. Mark geschätzt wird und die seinerzeit das Glasstück der Berliner Polizeilaufstellung bildete. Wald gesteht ohne weiteres, daß er sich durch Diebstähle soviel verschaffen wollte, daß er ein Geschäft eröffnen konnte. Da er das erste Mal Glück hatte, so habe er sich weiterhin als Fassadenkletterer betätigt. In Hamburg sind ihm 68 Diebstähle durch Fassadenkletterern zur Last gelegt worden, von denen ihm allerdings nur 19 mit Sicherheit nachge-



